

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 4 (1963)
Heft: 16

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was bedeutet denn eigentlich ein «Maschinenkanal»?

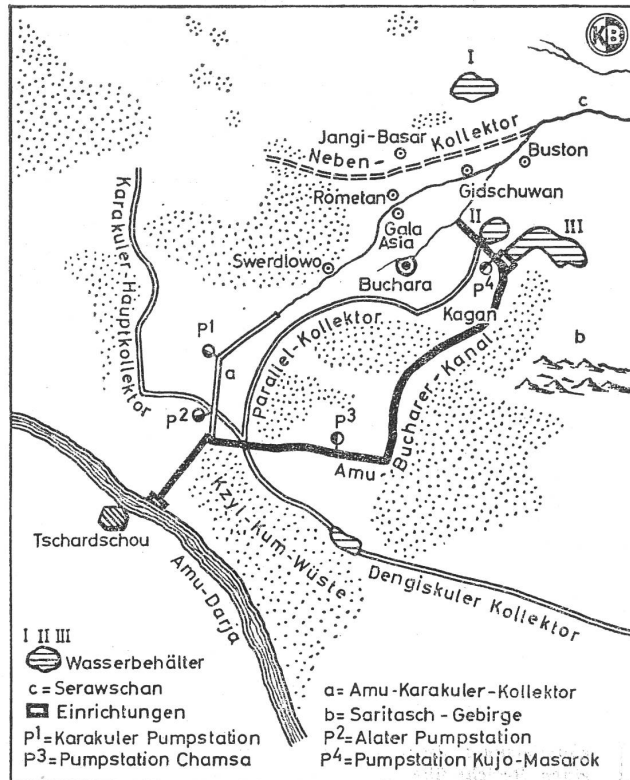
Der Beschluss zum Bau des Maschinenkanals Amu-Buchara wurde vor kurzem von der sowjetischen Unionsregierung gefasst. Ausser dem Namen, der vermutlich auf Pumpanlagen und andere maschinelle Einrichtungen am Kanal anspielt, ist vor allem die kurzfristige Baudauer bemerkenswert. Im Frühling 1965, also in zwei Jahren, müsste der Kanal bereits in Vollbetrieb stehen.

Der Kanal wird bei der Stadt Tschardschou, vom Fluss Amu-Darja ausgehend über 160 km bis über Buchara hinausreichen und wird mit einer südlichen Ausbuchtung die Kyzil-Kum-Wüste, das Utra-Plateau und die Karaschin-Steppe durchqueren.

In seinen ersten 20 Kilometern verläuft er durch das erweiterte Bett des Amu-Karakul-Kanals und soll vor allem zur Bewässerung von 3000 Quadratkilometern usbekischen Wüstengebieten dienen, wo dann rund 100 000 Karakulschafe Weideland finden würden.

Ferner sollen mit den neu zugeführten Wassermengen auch die Wasserreservoirs östlich von Buchara gespeist werden, wobei gleichzeitig der Serawschan-Fluss entlastet würde, der bisher allein für Bewässerungszwecke in Frage kommt. Die Baukosten belaufen sich auf 46 Millionen

AMU -BUCHARER- „MASCHINENKANAL“



Rubel (rund 200 Millionen Franken). Zur Ueberwindung der Höhendifferenzen müssen zahlreiche Pumpstationen errichtet werden, die man als «die grössten des Landes» bezeichnet. Man rechnet, dass mit dem neuen Kanal jährlich 1 bis 1,5 Milliarden Kubikmeter neue Wassermengen zur Bewässerungszwecken zur Verfügung stehen werden. Bisher wurden diese Gebiete durch ein kleineres Kanalsystem bewässert.

Entwicklungshilfe

Tschechoslowakei

Falschgeld für Guinea

Vor einiger Zeit wurde aus Südarabien das Auftauchen von neuen Silbermünzen gemeldet, die sich ihres hohen Silbergehaltes wegen grosser Nachfrage erfreuten. Verstümmelte und umgedrehte Koranzitate in klassischem Arabisch liessen sehr rasch den Verdacht aufkommen, dass diese Münzen aus kommunistischen Ländern kommen mussten, die auf originelle Weise ihre Parolen der Weltrevolution in die Wüsten und Oasen der arabischen Halbinsel bringen wollten. Geldexperten schlossen aus der Prägung, dass diese Münzen in Prag hergestellt sein müssten.

In der zweiten Märzwoche dieses Jahres erlebt nun Guinea an der afrikanischen Westküste eine Währungsreform. Zum zweiten Male rückte dabei die merkwürdige Rolle, die Prag als Münzstätte des Weltkommunismus spielt, ins Licht der Weltöffentlichkeit. Waren auch die Schauplätze

weit voneinander entfernt, die Methoden höchst unterschiedlich, so geben doch beide Geschehnisse zu denken. Sie sind bezeichnend für die Art, wie die kommunistischen Länder den Entwicklungsländern Afrikas und Asiens «technische Hilfe» leisten, und sie sollten nicht nur den unmittelbar von beiden Vorkommnissen betroffenen Völkern zu denken geben.

Die CSSR präsentiert sich, besonders in Afrika, das den tschechischen Kommunisten offenbar als «Arbeitsgebiet» zugewiesen wurde, gern als Musterstaat uneigenen nütziger Entwicklungshilfe, als Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Feind jeder ausländischen Intervention in die innerafrikanischen Angelegenheiten. Das mag vielen Staatsmännern in den jungen Staaten Afrikas wie eine glaubwürdige Beteuerung klingen. Die Tschechen können sich darauf berufen, dass ihre Nation bis 1918 vom österreichisch-ungarischen Imperium weitgehend in der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes behindert war und aus dieser Erinnerung, aber auch mit dem Rückblick auf die deutsche Besetzung 1939—1945, ein besonderes Solidaritäts-

gefühl mit den ehemaligen Kolonialländern besässe. Sie vergessen zu erwähnen, dass die Nation durch den Putsch vom Februar 1948 erneut ihres Selbstbestimmungsrechtes und ihrer demokratischen Institutionen beraubt wurde, diesmal allerdings von den Kommunisten.

Die Regierung von Conakry hatte, noch in den Zeiten überschwänglicher Zuneigung zwischen Guinea und dem Ostblock, der Prager Staatsdruckerei und Münze den Auftrag erteilt, die neue guineische Währung zu drucken und zu prägen. Auch die beiderseitige Verstimmung nach dem Zusammenstoss zwischen Präsident Sekou Toure und dem Sowjetbotschafter Solod änderten an der vertraglichen Abmachung nichts. Die Tschechen lieferten prompte und saubere Arbeit.

Was allerdings nicht so an die Öffentlichkeit drang, obwohl Guineas Präsident persönlich über «Millionenbeträge von Falschgeld» sprach, ist die Tatsache, dass die tschechischen Kommunisten über den vertrauensvollen Auftrag aus Conakry hinaus grosse Mengen von guineischem Geld druckten. Mit diesem Millionenfonds, der ja nicht technisch, sondern nur juristisch die Bezeichnung «Falschgeld» verdient, wollen die Kommunisten nun ihre Propaganda und Subversion in Guinea finanzieren. Die Bevölkerung des westafrikanischen Staates hat die Finanzreform ihrer Regierung mit Recht beifällig begrüsst. Aber in den Jubel um den neuen Guinea-Franc mischt sich bereits die Betroffenheit der zuständigen Experten, ob nicht auf die neue Währung genau oder noch mehr das zutrifft, was ein enthusiastischer Kommentator von Radio Conakry am 11. März von der ausser Kurs gesetzten Währung sagte: Sie werde beitragen, die «verbrecherischen Aktionen, die seit 1960 gegen unser Geld unternommen wurden, wirkungslos zu machen, Aktionen, die sich in Spekulationen, einer unaufhaltsamen Geldentwertung und in allerletzter Zeit, im massenhaften Auftauchen von Falschgeld auf guineischem Boden auswirken».

Wie das Verhalten der tschechischen Kommunisten zeigt, scheuen die Vorkämpfer des Weltkommunismus auch nicht die verbrecherischen Methoden der Falschgeldherstellung, wenn es um die Vorteile dieser neuen Form des Imperialismus geht.

Afrika

Menschenraub und Politik

In ihrer Ausgabe Nr. 7 vom 1. April dieses Jahres berichtete die kongolesische Gewerkschaftszeitung «Afrigue Reelle» in Leopoldville unter dem Titel «Die Entführung — das Verbrechen der Feiglinge wurde zur Waffe der Politik» über die Methoden des Menschenraubes, die von einigen Ländern praktiziert würden. Namentlich nannte die Zeitschrift die Sowjetunion und die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, für welche beiden Länder der Menschenraub zu einem üblichen Mittel der Beseitigung von politisch unangenehmen Zeitgenossen geworden ist. Man braucht hier lediglich an die Entführung von Dr. Linse, Heinz Brandt, Dr. Röhrig oder Karl W. Fricke und vieler anderer zu erinnern. Alle diese Männer hatten sich aktiv am Kampf gegen den Kommunismus beteiligt und mussten dies mit ihrer Verschleppung in die Gefäng-

nisse der sogenannten deutschen «demokratischen Republik» büssen.

Eingehend geisselt «Afrique Reelle» die Entführung als «eines der schlimmsten Verbrechen in allen zivilisierten Gemeinschaften» und fügt hinzu: «Indes haben gewisse Länder keinerlei Skrupel; sie haben die Technik der Entführung vervollkommnet, dank einer sorgfältigen Organisation und dank einer modernen Technologie. Für die fraglichen Länder heiligt das Ziel die Mittel, welcher Art auch die verursachten Leiden sein mögen.»

Eines der Beispiele von politischem Menschenraub, das hierzulande bisher nicht bekannt geworden ist, dürfte auch bei uns grosses Interesse finden.

«Afrique Reelle» berichtet dieses Beispiel aus Conakry, der Hauptstadt der Republik Guinea, und es besteht kaum Grund zur Annahme, dass es sich in diesem Fall um eine phantastische Geschichte eines der Redaktoren dieser Zeitschrift handelt.

Es ist die Geschichte einer russischen Lehrerin in Conakry, die der sowjetische Botschafter in Guinea zweimal zu entführen versuchte. Im Bericht der «Afrique Reelle» heisst es:

«Fräulein Oussopova (die russische Lehrerin) hatte eine der strengsten Regeln der russischen Kolonie in Guinea übertreten, nämlich: sie hatte sich mit den Guinesen angefreundet, und sie hatte mehrere guineische Freunde.

Dimitri Degtvar, der sowjetische Botschafter in Guinea, versuchte deshalb, sie auf einem geheimen Weg aus dem Land schaffen zu lassen. Er fuhr sie persönlich zum Flughafen von Conakry, um sie dort an Bord eines russischen Flugzeuges zu bringen, während zwei seiner Wächter sie an den Armen festhielten. Auf dem Flughafen wies der Botschafter einen Pass vor, in dem zwar ihre Photographie, aber nicht ihr Name enthalten war. Zu ihrem Glück kannte der guineische Beamte Fräulein Oussopova und überzeugte sich sofort davon, dass der Pass gefälscht war. Wütend protestierte Herr Degtvar und machte geltend, dass er diplomatische Immunität genieisse und dass Fräulein Oussopova eine Stewardess des Flugzeuges sei. Sie selbst aber berichtete der Polizei, man habe sie verhaftet und bedroht.

Die Guinesen begleiteten sie in die Stadt zurück, wo sie ihre Wohnung in der russischen Kolonie verliess und bei Freunden Wohnung nahm. Glücklicherweise beschloss die Polizei, kein Risiko einzugehen und alarmierte Detektive, um sie zu überwachen.

Die Polizei hatte recht. Denn es wurde ein zweiter Versuch unternommen, um Fräulein Oussopova schliesslich zu entführen. Kurz danach bemächtigten sich ihrer in einem Restaurant in der Nähe der Hauptstrasse Conakrys russische Funktionäre, zwangen sie in ein Auto zu steigen und verschwand. Aber diesmal folgte ihr ein guineische Patrouille. Die Polizei umzingelte das Botschaftsauto, zwang den Fahrer anzuhalten und rettete Fräulein Oussopova ein zweitesmal. Der sowjetische «Kulturattaché» verbrachte die folgende Nacht im Gefängnis. Daraufhin wurde der sowjetische Botschafter mit der Landesverweisung bedroht. Man erinnerte ihn daran, dass sein Vorgänger, Daniel Solud (der erste sowjetische Botschafter in Conakry) Guinea wegen seiner flagranten Einmischung in die inneren An-

gelegenheiten des Landes verlassen musste.

Wenn man die Verhältnisse in Guinea kennt, ist es verständlich, dass die einzige Tageszeitung von Conakry, «Horoya», das Organ der Regierung Sekou Tourés, diesen für die sowjetische Politik in den Entwicklungsländern bezeichnenden Vorfall bisher nicht veröffentlicht hat. Immerhin ist aber daran zu erinnern, dass das guineische Regierungsblatt jedesmal die beiden Daten, April 1960 und Dezember 1961, nennt, wenn es gegen Imperialismus und Neokolonialismus zu Felde zieht. Das zweite Datum bezieht sich auf die Ausweisung des ersten sowjetischen Botschafters in Guinea, Daniel Solud. H. P.

Terror

Ungarn

75 Monate im Versteck

Das ungarische KP-Organ «Dunántuli Naplo» berichtete am 31. März 1963 über die panische Angst Dr. Elemer Szabos vor der Verhaftung infolge seinem «konterrevolutionären Verbrechen». Dr. Szabo hat sich 75 Monate lang versteckt, um der Einkerkierung zu entgehen.

Dr. Szabo war der Oberbuchhalter in der Zementfabrik von Beremend. Während der Revolution vom Oktober 1956 stellte er sich zu den Aufständischen. Im Laufe der Vergeltungsmassnahmen wurde sein Name

Dialektik der Woche: Zweimal Neokolonialismus

Im gleichen Ausmass, wie der traditionelle Kolonialismus des Westens verschwindet, muss die kommunistische Propaganda ihren Feldzug gegen den angeblichen «Neokolonialismus» verstärken. Als solcher wird insbesondere die Entwicklungshilfe der freien Welt angegriffen. Betrachtet man nun die Definition des Begriffes in der Sowjetunion, wird man gewahr, dass sie sich vorbehaltlos auf das Verhältnis der UdSSR zu ihren Satelliten anwenden lässt.

Nr. 4/1963 des offiziellen Monatsblattes des Obersten Gerichtes der RSFSR, «Sowjetskaja Justizija», veröffentlicht einen Bericht über die «Konferenz der Juristen der asiatischen und afrikanischen Länder» in Conakry, welche auf Anregung und Initiative des «Internationalen Verbandes Demokratischer (das heisst kommunistischen) Juristen» organisiert und in Anwesenheit einer grossen sowjetischen Delegation abgehalten wurde. Die Konferenz zählte in ihrem Beschluss folgende Kriterien des Neokolonialismus auf, die von der sowjetischen juristischen Literatur übernommen wurden:

1. Die Imperialisten mischen sich in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer ein und betreiben dort subversive Aktivität.
2. Auf dem Gebiet eines anderen Staates befinden sich gegen den Willen des Volkes ausländische Truppen und Militärbasen.
3. Die Ueberreste der imperialistischen und kolonialistischen Kräfte sind noch vorhanden.
4. Auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verfügt das Land nicht über alle Attribute der nationalen Souveränität.
5. Gewisse Handlungen werden ohne vollständige Zustimmung, aber im Namen der betreffenden Nation vollzogen.
6. Die grundlegenden Freiheitsrechte, welche in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten sind, werden nicht geachtet.

Durch die Annahme dieser Punkte haben die Sowjetjuristen gerade die Sowjetpolitik ihren Satelliten gegenüber als «neokolonialistisch» bezeichnet, denn alle sechs Punkte gelten im vollen

Masse auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien.

1. Es ist das Moskauer Parteizentrum, welches den Parteizentren der einzelnen Volksdemokratien alles vorschreibt, was sie nachher an Regierung oder Parlament als verpflichtende «Empfehlungen» weiterleiten.

2. Die Sowjettruppen befinden sich trotz Aufständen und mehrfachen Protesten der Bevölkerung in den Volksdemokratien (SBZ, Polen, Ungarn).

3. Die «imperialistischen und kolonialistischen Kräfte» sind in allen kommunistischen Parteien der Volksdemokratien reichlich vertreten, denn ihre Existenz hängt vom Verbleiben des sowjetischen Neokolonialismus ab.

4. Die unterdrückten Völker der Volksdemokratien verfügen über keine Attribute der nationalen Souveränität, denn die Kolonialmacht schreckt vor Waffengewalt nicht zurück, um ihrer Forderung Geltung zu verschaffen (Berlin, Posen, Budapest).

5. Alle kommunistischen Parteien handeln und regieren im Namen der «Arbeiterklasse», beziehungsweise jetzt schon des betreffenden Volkes, ohne dem Volk Gelegenheit gegeben zu haben, seine Meinung und seine Wünsche zum Ausdruck zu bringen: Presse, Radio, Fernsehen, Verlage befinden sich in der Hand der Partei und des von ihr geleiteten und kontrollierten Staates.

6. Keine der grundlegenden Freiheitsrechte werden in irgendeinem kommunistischen Land — auch die Volksdemokratien inbegriffen — gewährleistet. Im Gegenteil: Verfassungen, Arbeitsgesetzbücher, Staatsgesetzbücher und Strafprozessordnungen garantieren nur der Partei und dem Staat unbeschränkte Bewegungsfreiheit. Die Gesetzlichkeit wurde durch den Begriff der «sozialistischen Gesetzlichkeit» ersetzt, welche nichts anderes bedeutet, als dass die Gesetze im Interesse des «sozialistischen» oder kommunistischen Aufbaus interpretiert und gerichtlich angewandt werden müssen. «Sozialistische Gesetzlichkeit», «sozialistisches Rechtsbewusstsein» des Richters und die «Parteilichkeit» der ganzen Justiz sind im kommunistischen Rechtssystem verankerte Begriffe und lassen für Freiheitsrechte keinen Raum.

am 6. Januar 1957 an einer Versammlung in Siklos erwähnt, und der Redner sagte von ihm: «Es ist nicht in Ordnung, dass derartige Menschen noch immer frei herumlaufen.» Der Familienrat trat zusammen und beschloss, Szabo müsse sich verstecken. Es gab zwei Möglichkeiten: Flucht ins Ausland oder Versteck. Er wollte das Land nicht verlassen. So sagte seine Frau: «Ich übernehme es, dich zu verstecken und werde auch für uns verdienen.» Einmal suchte ihn die Geheimpolizei. Da man ihn aber nicht fand, gab man sich damit zufrieden: Wenn er geflüchtet war, dann war er eben nicht da.

Später erlaubte man der Frau, in Abendkursen und an der technischen Schule zu unterrichten, damit sie ihre drei Kinder erhalten konnte. Es fiel aber vielen auf, dass der Mann niemals schrieb, keine Pakete sandte und auch seiner Frau niemals schrieb. «Lassen wir das» — sagte die Frau jedesmal, wenn man sie fragte, «sprechen wir lieber nicht davon.»

Sechs Jahre und drei Monate lang war Dr. Szabo niemals an der frischen Luft. Er fürchtete, es könnte ihn jemand sehen. Er führte daheim den Haushalt, las und lernte Sprachen. Oft machte er für die Kinder die Hausaufgaben. Es war schwerer für ihn aus der Wohnung herauszukommen, als aus dem Ausland zurückzukehren. Als die kürzliche Amnestie bekanntgegeben wurde, sagte sein Sohn zu ihm: «Vater, jetzt bist du frei!»

Staat

Jugoslawien 42-Stunden-Woche laut Verfassung

Am 7. April ist die neue Verfassung in Jugoslawien, das jetzt den Namen «Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien» führt, definitiv angenommen und proklamiert worden.

Gegenüber dem seinerzeit veröffentlichten Entwurf (vergleiche KB, Nr. 14 und 51/1962) sind etliche Abänderungen festzustellen, die von unterschiedlicher personeller, administrativer und sozialer Bedeutung sind. So wurde der Posten eines stellvertretenden Präsidenten der Republik gegründet, und die Verwaltung des Bundesministeriums erfuhr noch einige Umstellungen.

Ganz beträchtlich aber sind die Unterschiede bezüglich der Arbeitszeitregelung. Das neue Grundgesetz verlangt ausdrücklich die Einführung der 42-Stunden-Woche, während im Entwurf noch von 48 Stunden die Rede gewesen war. Die Diskrepanz wird vermutlich die Arbeiter fragen lassen, wieso man ihnen nicht schon im Herbst wenigstens annäherungsweise in Aussicht stellen konnte was offenbar im Frühling ein erfüllbares Postulat darstellt. Allerdings auf eine nicht näher bestimmte Zukunft hin.

Mit dem Abschluss der vierten Bundesvolksversammlung, welche die neue Verfassung genehmigte, sind wiederum einige Zahlen aus der Entwicklung des Landes bekanntgegeben worden. Insbesondere hat sich die soziale Struktur in Richtung auf Industrialisierung weiter verändert. Heute sind nur 50 Prozent der Bevölkerung landwirtschaftlich tätig. Die Zahl der Beschäftigten soll seit 1958 um jährlich 180 000 angestiegen sein. Dies lässt einen

Grund für die in Aussicht genommene Arbeitszeitverkürzung ersehen. Jugoslawien gehört zu den kommunistischen Staaten, in denen sporadisch Arbeitslosigkeit auftritt. Dazu kommen die nicht als arbeitslos aufgeführten Beschäftigten im Baugewerbe, die zur Zeit der toten Saison im Unterschied zu ihren Bürokollegen nur einen Bruchteil ihres Lohnes ausbezahlt bekommen.

Die Anzahl der Schüler und Studenten wird für 1962 mit 3 563 000 angegeben, 800 000 mehr als 1957. Im gleichen Zeitraum seien 400 000 Wohnungen erbaut worden.

Handel

SBZ

Der teure, grosse Bruder

Der sowjetzonale Benzinexport ist defizitär, weil das sowjetische Erdöl zu teuer ist. «Die Qualität unseres aus Kohle gewonnenen Benzins hat den Weltstand erreicht, nur ist der Export für uns ein grosses Verlustgeschäft; denn der Weltmarktpreis liegt weit niedriger als unsere Herstellungskosten», heisst es in einer Zusammenstellung von Meinungen zu aktuellen Wirtschaftsfragen des Bezirkswirtschaftsrates Leipzig, wobei führende Wirtschaftsfunktionäre aus «Schwerpunktbetrieben» des Bezirkes zu Wort kommen. Zu den hohen Gesteungskosten bei Benzin wird angeführt, dass allein eine Tonne Teer, aus dem das Benzin gewonnen wird, etwa 120 Mark, und eine Tonne Erdöl ungefähr 50 Mark kostet. Nach der Umstellung der Hydrierwerke der Sowjetzone auf Erdöl und nach Inbetriebnahme des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt/Oder heisst es weiter, werde zwar das Benzin wesentlich billiger, liege aber auch dann noch über dem Weltmarktpreis, weil die kapitalistischen Länder ihr Erdöl billiger beziehen. Eine weitere Senkung der Herstellungskosten für Benzin kann, wie der Bezirkswirtschaftsrat Leipzig dieser Darstellung hinzufügt, «nur durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden».

Diese Darstellung deckt sich noch mit der Tatsache, dass die Sowjetunion ihr Erdöl den Volksdemokratien (zum Teil bedeutend) teurer verkauft als den westlichen Staaten, einschliesslich der Nato-Mächte. Das hatte sich schon aus der letzten offiziellen Veröffentlichung des Aussenhandelsministeriums in Moskau ergeben. Die UdSSR diskriminiert ihr Zwangsabsatzgebiet der Comecon-Länder durchwegs im Verhältnis zur «kapitalistischen» Welt.

Ihren Beitrag, die Lücken im Sortiment des von der Industrie angebotenen mechanischen und elektromechanischen Spielzeuges abzubauen, hat jetzt die «volkseigene» Südthüringische Spielwarenfabrik Eisfeld geleistet. Nach langwierigen Versuchen will sie ab 1. Juli mit der Produktion eines modellgetreuen Sowjetpanzers vom Typ T 54 im Massstab 1:25 aus PVC-Folie beginnen. Der T 54 weist ein verbessertes Mehrfunktionsgetriebe auf, ist steigungsfähig und verbraucht wenig Strom.

Aus Kreisen des Einzelhandels, auch des «staatlichen», liegen bereits die ersten Stimmen vor, dass der vom Produzenten genannte Verkaufspreis von 42 Mark zu hoch sei, sowohl für das Inland als auch für den Export.

Emigration als politisches Problem (III)

Aktueller noch als in Polen (siehe KB, Nr. 14) sind in Ungarn die Bemühungen des Regimes um die Wiedergewinnung der Emigration. Der Erfolg ist jedenfalls beträchtlich. Eine schweizerische Zeitschrift erklärte vor einiger Zeit, 50 Prozent der Flüchtlinge seien wieder zurückgekehrt. Allerdings sprach die Budapester Parteizeitung «Nepszabadsag» am 19. März dieses Jahres «nur» von 50 000 Rückkehrern der 200 000 Emigranten. Das Interesse des Regimes an Untertreibung wäre in diesem Fall wohl nicht ersichtlich. Das Thema beschäftigt im übrigen die ungarische Öffentlichkeit. Kadar selbst erinnerte anlässlich der Eröffnung der neuen Landesversammlung an die «Landsleute im Ausland».

Die Amnestie

für gewisse Kategorien politischer Delinquenten vom März dieses Jahres erstreckt sich auch auf die Geflüchteten und Ausgewanderten. Anscheinend geht es den daraufhin Zurückgekehrten im allgemeinen gut. Bei der Arbeitseingliederung scheint es in der Praxis eine gewisse Diskriminierung zu geben, wie ungarische Presseberichten zu entnehmen ist, aber dies findet eher die Missbilligung als die Förderung der höchsten Parteikreise. «Wir dürfen nicht vergessen, dass wir es waren, die sie nach Hause riefen. Also müssen wir Ihnen helfen.» Das ist momentan die offizielle Parole. Wieweit sie noch Geltung haben wird, ist erst die propagandistische Wirkung der Amnestie abgeflaut, darüber können wohl Zweifel bestehen.

Im Gegensatz zu Polen: Steigende Erfolgskurve

Nachdem das polnische Regime zwischen 1955 und 1962 bei den Emigranten gewisse Erfolge erzielte und einen grossen Teil von ihnen zur positiven oder mindestens zur neutralen Stellungnahme bewegte, unternahm es auch die ungarische Regierung, die Emigration für sich zu gewinnen. Hier muss auf einen grundlegenden Unterschied hingewiesen werden: Die Aktion Warschau flaut stufenweise ab. Die polnische Emigration sieht nämlich langsam ein, dass Warschau keinen «polnischen Weg» beschreiten kann. Die ungarische Aktion nimmt aber noch an Aktivität seit dem Frühling 1962 ständig zu. Der Weltbund der Ungarn aus Budapest ist bemüht, den Kontakt zur Emigration — vor allem aber zu den früheren Auswanderern — aufzunehmen, und das Misstrauen der Emigration 1945—1956 zu zerstreuen. Die Aktion des Weltbundes spielt sich aber viel weniger öffentlich ab als diejenige der polnischen Organe. Es ist auch selbstverständlich, denn bei den Polen handelt es sich schon meist um Elemente, die die Staatsbürgerschaft eines westlichen Staates aufnahmen und auf das Asylrecht nicht

mehr angewiesen sind. Bei den ungarischen Emigranten handelt es sich teilweise aber noch um tatsächliche Emigranten, die meist — besonders im Falle der Emigration nach 1956 — weiterhin als ungarische Staatsbürger gelten (im Sinne eines im Jahre 1957 erschienenen ungarischen Gesetzes).

Vom Wettbewerb ...

Die prinzipielle Aenderung der Politik der ungarischen Regierungsstellen den Emigranten gegenüber darf auf keinen Fall übersehen werden, sonst nimmt sie — meist in geheimer Form — gleiche Ausmasse an wie die Aktion von Warschau. Die immer noch «bescheidenen» Aktionen von Budapest konzentrieren sich auf folgende Methoden:

Der Weltbund der Ungarn und das Redaktionskomitee der Budapester Propagandazeitung an die Emigration «Magyar hirek» organisierte 1960 einen literarischen Wettbewerb: «Schreiben Sie es.» Bedingung war, über das eigene Leben einen «ehrliehen», wohlgemeinten und aufrichtigen Rechenschaftsbericht zu verfassen. Als Einleitung zum Aufruf für die Teilnahme wurde folgendes geschrieben: «Wenn es so gelingt, wie wir denken, haben wir Aussicht auf eine einzigartige Dokumentensammlung» — nämlich über die Emigration. Nach zwei Jahren schrieb die Redaktion der Zeitung: «Jetzt, zwei Jahre nach der Veröffentlichung dieser Zeilen, sind wir in der Lage zu erklären: Unser Vorhaben hat sich nicht nur gerechtfertigt, sondern es hat sich mehrfach gelohnt...»

Auf den Wunsch der Leser (?) musste der Termin zur Einreichung der Manuskripte (4. April 1961 — «Tag der Befreiung» durch die Sowjetarmee) bis zum 31. Dezember 1961 verlängert werden. Es ist anzunehmen, dass die Redaktion noch mehr Manuskripte erwartete. Es gab Manuskripte in mehreren Bänden. Während der letzten Monate sind zahlreiche Manuskripte aus dem Ausland eingelaufen. Den Preisträgern wurden teilweise Erholungsreisen nach Ungarn gewährt oder Bücher, Schallplatten zugesandt. 276 Personen wurden mit Preisen belohnt. Meist handelte es sich um schon früher ausgewanderte Ungarn («Magyar hirek», 1. April 1962).

... zum Konsulpass

Es ist anzunehmen, dass das Regime auf Grund der zugeschickten Manuskripte von mehreren hundert Emigranten ein Kataster der ungarischen Emigration ausarbeiten konnte, und es ist kein Zufall, dass der auffälligste Tonwechsel den Emigranten gegenüber im Jahre 1962 erfolgte. Seit Frühling 1962 macht Budapest grosse Propaganda, die Emigranten zu bewegen, einen Konsulpass bei den ungarischen Vertretungen zu beanspruchen. Es heisst in der Propaganda: Sie können im Ausland bleiben, nicht aber auf Grund von Asylrecht, sondern von Konsulpass. Dadurch werden sie selbstverständlich dem Regime vollständig ausgeliefert.

Die Propaganda zur Lösung von Konsulpass erzielte auch gewisse Erfolge, und zwar selbst unter den Emigranten von höchsten intellektuellen Kreisen. Am 1. Oktober 1962 veröffentlichte die erwähnte Zeitung den Brief von Dr. Zoltan Bary, ehemaliger Richter des Obersten Gerichtes, aus Basel, der einen Konsulpass auslöste, nach Ungarn fuhr und wie-

der in die Schweiz zurückkehrte. Zweifelsohne bezweckte die Veröffentlichung des Briefes das Ziel, auch übrige Emigranten zu ähnlichem Schritt zu bewegen.

Via Gesandtschaft

Auch die Gesandtschaften versuchen die Kontakte zur Emigration anzuknüpfen. Als ein gutes Beispiel soll erwähnt werden, dass die Berner ungarische Gesandtschaft die ungarische Emigranten für eine Filmvorführung (Militärmusik, neuer ungarischer Film) eingeladen und sie darnach bewirtet hat. Obschon das Interesse von Emigrantenseite nicht gross war, ist die Auswirkung der dabei zwischen Emigranten und den Gesandtschaftsbeamten geführten Gespräche auf die Emigrantenkreise ziemlich beträchtlich (Möglichkeit, mit Konsulpass nach Ungarn zu fahren).

Ende März 1963 wurde erneut eine Zusammenkunft an der ungarischen Gesandtschaft für die Emigranten organisiert. Aehnliche Zusammenkünfte werden auch in den übrigen Ländern von den ungarischen Gesandtschaften veranstaltet.

Die Radiosendung für ungarische Emigranten, «Szülöföldem» (mein Heimatland), übermittelt kontrollierte Grösse und sogar Preisausschreiben, wo der Preis ein Besuch in Ungarn ist. Anlässlich der Fussball-Weltmeisterschaften wurde ein Wettbewerb organisiert.

Der «Studentenbrief»

Die geänderte Haltung der ungarischen Behörden den Emigranten gegenüber blieb nicht ohne Einfluss. Es ging sogar so weit, dass im Blatt des Verbandes der Vereine Ungarischer Studenten (UFHS), «Szabad forum» (Freies Forum) folgender Diskussionsbeitrag von einem in der Bundesrepublik lebenden ungarischen Studenten erscheinen konnte:

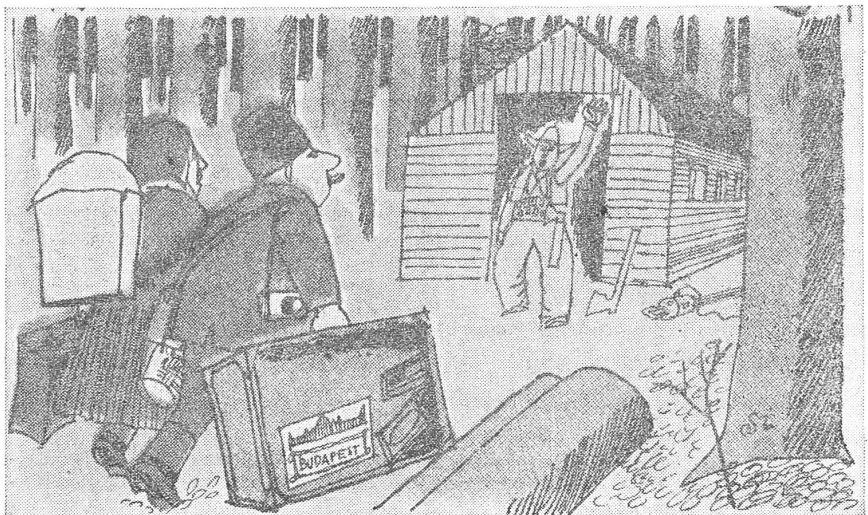
«Wir können eventuell nur bedauern, dass einige tausend Studenten, die 1956 die leichtere Lösung wählten und nach Westen kamen, an einer solchen Arbeit (nämlich an der vom Budapester Regime durchgeführten Prüfung der Ereignisse vom Jahr 1956), bei der sie ihrem Gefühl nach hingehörten, nicht teilnehmen. Wir wollen nicht die Hetzerei und die Feindseligkeiten schüren, sondern nach den Mög-

lichkeiten einer Aussöhnung (sic) suchen. Der UFHS wird erst dann zum richtigen Verband der im Ausland studierenden ungarischen Studenten, wenn er aus seinen Reihen die Feinde des Sozialismus (genauer diejenigen, die sich für die Wiederherstellung des kapitalistischen oder faschistischen Systems organisieren) ausschliesst und seine Tätigkeit auf das Suchen nach Re-Integrierung konzentriert. Das bedeutet nicht die Aufgabe unserer Prinzipien, im Gegenteil: Die Erkennung der Aufgaben. Im Laufe der Diskussion (über dieses Problem) wäre es zweckmässig, einige praktische Möglichkeiten und Schritte zu prüfen. Die erste Aufgabe dieser Art ist: Durch diplomatischen Weg und diplomatische Methoden in Erfahrung bringen, was die Meinung der Zuständigen zu Hause sei, was für Vorstellungen sie in dieser geänderten Atmosphäre haben... Nachher könnte man prüfen, wie diejenigen, welche auch durch Taten dem ungarischen Volk dienen wollen, sich in die Alltagsarbeit zum Aufbau des Sozialismus einschalten können. Bis dahin wollen wir achten, dass uns niemand rotznasige Faschisten nennt und hauptsächlich uns mit ihnen identifiziert.»

Der Verfasser hat sich sogar erlaubt, zu behaupten, dass das Kadarregime «unsere Forderungen» erfüllte. Dabei ist es klar, dass keine der Forderungen des Aufstandes im Jahre 1956: Rückzug der Sowjettruppen, freie Wahlen, Mehrparteiensystem, Aufhebung der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Sowjetunion, Autonomie für die Universität, Neutralität usw., verwirklicht wurden. Im Gegenteil: Die in Ungarn stationierten Sowjettruppen nahmen an Zahl zu, und die wirtschaftliche Ausbeutung wurde grösser als zuvor: Dem «Verkauf» des Uraniums folgte derjenige des Aluminiums («Szabad forum», Nr. 5/1963, Seite 6, Diskussionsbeitrag von Tihamér Hegyaljai).

Soweit, wie dieser Student, ging kaum ein Emigrant: Denn wie kann ein Student beim «Aufbau des Sozialismus» (das heisst des Kommunismus) in Ungarn mithelfen? Es gibt zwei Möglichkeiten — mit Geld oder auf anderem Weg...

Darnach wird es vielleicht klar, dass die Emigration langsam zum politischen Problem werden kann!



Verwandtenbesuch in Kanada: «Ihr kommt zu Joska. Da habt ihr einander verpasst.

Er ist soeben nach Ungarn zurückgekehrt.» («Ludas Matyi», Budapest, 11. April.)

Partei

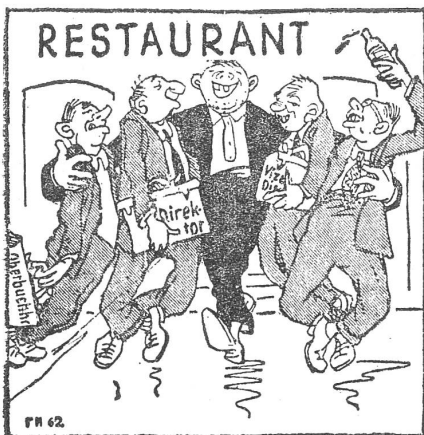
Sowjetunion

126 000 Volkskontrolleure in Georgien

Der riesige sowjetische Kontrollapparat von Staat und Partei ist in der Sowjetunion seit den Reformen vom letzten Herbst auch in den einzelnen Volksrepubliken gewaltig angeschwollen.

In Georgien allein zählt man laut «Sarja Wostoka» (Tiflis, 2. April) nicht weniger als 126 000 Volkskontrolleure. Die Komitees für Partei- und Staatskontrolle sind bereits in sämtlichen autonomen Republiken und Gebieten, in allen Städten, Produktionsverwaltungen und Produktionszonen errichtet worden, wo sie daran gehen, untergeordnete Stellen einzusetzen. Bis Ende März wurden 5246 Gruppen mit rund 70 000 Mitgliedern zur Zusammenarbeit mit den Kontrollkomitees gegründet. Aufgabe des Apparates ist die Detailüberwachung der Wirtschaftsarbeit. Die neuen Organe arbeiteten sich diesen Frühling ein, indem sie die landwirtschaftlichen Vorbereitungen kontrollierten. Spezielle Kommissionen besorgen die Ausarbeitung der Anzeigen und Schreiben. Beim Transportwesen ist insbesondere die Fracht unter die Lupe genommen worden, die jeweils ohne Not auf den Stationen stehen bleibt. Der Instanzenweg ist je nach Fall und vorgenommenen Massnahmen verschieden.

Nicht zu vergessen ist dabei, dass es sich da nur um das neue Kontrollsystem handelt, dem koordinierende Funktion zukommt. Gewerkschaften, Komsomol, Sowjets, Betriebe und die Handelsinspektion (für die UdSSR zwei Millionen Kontrolleure) haben nach wie vor ihre Kontrollorganisationen samt dem ganzen Personal an Funktionären und Spitzeln. Die 126 000 sind also nur ein Teil. Und Georgien stellt mit seinen vier Millionen Einwohnern nur einen sehr kleinen Teil der Sowjetunion dar.



Kontrolle, wie sie nicht erwünscht ist, zeigt diese «Krokodil»-Karikatur. Der Inspektor ist in der Mitte und erklärt in feuchtfrohlicher Stimmung: «Jetzt habe ich diese Funktionäre wirklich alle erfasst.»



Semester für LPG-Vorsitzende: «Die Biographie Cäsars liest gerade ihr Kollege. Nehmen Sie doch statt dessen einfach die Biographie Napoleons.»

Kolchos-Universität

Die ungarische Karikatur spielt auf eine Institution an, der es jedenfalls nicht an Aufgaben mangelt: Die Hochschule für Kolchospräsidenten. Die Vorsitzenden der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sind oft von sehr tiefem Wissensniveau, betreffe es das Fachwissen oder die allgemeine Bildung. Ihre Stellung erhielten sie für ihre Verdienste um die Partei, können sich aber in ihrem Wirkungskreis beruflich und gesellschaftlich oft nur mit Mühe halten.

Für die Partei ist das um so bedenklicher, als sich im Kolchos dann oft ehemalige selbständige Bauern oder Gutsverwalter aufarbeiten, welche nach kommunistischer Ansicht kaum die richtigen Klasseninteressen vertreten. Wohl besteht gerade in Ungarn die Tendenz, für Fachposten auch Fachleute einzusetzen, aber um so wichtiger wäre an der Spitze ein Parteimann, der sich ihnen gegenüber durchsetzen kann.

So sind die Bildungskurse für Kolchospräsidenten keinesfalls als Luxus oder Freizeitbeschäftigung gedacht.

Soziales

Rumänien

Was die Gratisstunden zählen

Was den Bürgern kommunistischer Staaten an «freiwilliger Aufbauarbeit» in der Freizeit zugemutet wird, lässt sich in der kommunistischen Presse durchaus lesen. Zu erinnern ist daran, dass diese Arbeit unbezahlt ist, ihre Freiwilligkeit infolge des gesellschaftlichen Druckes fragwürdig. Grössere Freiheit besteht in der Wahl zusagender Beschäftigung, sofern nicht ein bestimmtes Projekt Vorrang hat und entsprechend forciert wird.

Die nachstehende Schilderung der «patriotischen Arbeit» erschien in der deutschsprachigen Bukarester Zeitschrift «Neuer Weg»:

«In Dognatschka kamen sie (die Leistungen) in der Reparatur der Achtklassenschule Nr.1, dem Bau eines öffentlichen Brunnens, den Reparaturarbeiten auf der sieben Kilometer langen Gemeindestrasse und den Vorarbeiten für die Montage des

Versorgung

China

Export trotz allem

Während Rotchina immer noch grosse Getreidekäufe in westlichen Ländern tätigen muss, um seine Bevölkerung wenigstens mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen, hat die Pekinger Regierung jetzt einem Handelsprotokoll mit Japan zugestimmt, das noch in diesem Jahr die Lieferung von 10 000 Tonnen chinesischen Getreides nach Japan vorsieht. Rotchina will offenbar auf diese Weise seine Einfuhr von japanischen Industrieerzeugnissen, Maschinen, technischen Erzeugnissen und hochwertigem Stahl bezahlen. Erst in diesen Tagen bestellte Rotchina bei der japanischen Handelsgesellschaft Nissho Company Spezialstähle und nahtlose Stahlrohre im Werte von 158 Millionen Yen (443 000 Dollar) und verhandelt mit der gleichen Firma über die zusätzliche Lieferung von Edelstahl im Werte von rund 40 Millionen Yen (rund 105 000 Dollar).

drühten Transformators und damit in einer weiteren Verbesserung der Beleuchtung zum Ausdruck.

Auch die Bürger der übrigen Ortschaften des Reschitzaer Stadtgebiets haben im patriotischen Einsatz manches geleistet. In den Städten Bokschan und Anina konnten in 491 000 patriotischen Arbeitsstunden Arbeiten im Wert von 1 190 000 Lei durchgeführt werden. Insgesamt wurden in den Gemeinden und Dörfern des Reschitzaer Stadtgebietes im vergangenen Jahr in 817 864 Stunden patriotischer Arbeit 2 338 286 Lei erwirtschaftet.»

Ueber diese konkret messbaren Leistungen hinaus kann die «freiwillige Aufbauarbeit» auch in Tätigkeit bei Jugendgruppen, Klubs, Vortragszyklen usw. bestehen, wo sie in den Rahmen der verschiedenen Organisationen eingegliedert wird.

Klubs

Zur organisierten Freizeitgestaltung spielen in den kommunistischen Staaten die Klubs eine hervorragende Rolle. Vorträge, Konzerte, Filme und Theateraufführungen finden dort statt, Kulturzirkel und Vereinigungen haben dort ihren Sitz und schliesslich sind allgemeine Erholungsräume eingerichtet. Laut «Iswestija» gibt es heute in der Sowjetunion 129 000 Klubs mit 12 Millionen Plätzen. 178 000 Funktionäre sind vollamtlich angestellt. Dass aber nicht in allen Fällen alles zum besten bestellt ist, verrät die gleiche Quelle: 70 bis 80 Prozent der Klubs auf dem Lande werden beispielsweise nicht geheizt.

Eine Mitgliedschaft besteht bei diesen Klubs, die von «Clubsowjets» geleitet werden, nicht. Sie stehen im Prinzip einfach der Bevölkerung offen, und die einzelnen Vereinigungen reservieren sich die Lokalitäten für ihre Veranstaltungen. Daneben sorgen die vollamtlichen Klubleiter und ihre Helfer für ein normal durchgehendes Programm. Staatliche Kredite stehen zur Verfügung, doch mit der Finanzverwaltung hapert es oft, nicht zuletzt wegen Kompetenzüberschneidungen.